



CHINA & INFRASTRUKTUR



Newsletter

01.06.2026

3/ 2026

Liebe China-Interessierte,

fossile Energiekonflikte und -kriege haben uns weiter im Griff, mittlerweile lässt sich aber besser einschätzen, wie die chinesische Position hierzu ist. Wir berichten über die positiven sowie negativen Lehren für China, die unmittelbare Auswirkungen auf uns haben werden. Beijing kann sich zurzeit kaum noch retten vor Besuchen von Präsident*innen und Minister*innen. Mit Ministerin Katherina Reiches Besuch wird sich auch entscheiden, wie konsequent Deutschland Klima- und Menschenrechte im geökonomischen Tauziehen mit China verteidigt – in diesem NL eine erste Einschätzung.

Und schließlich: Während soziale Bewegungen weltweit nun nach China schauen als Mekka der Energiewende, bleibt China im „Sowohl-als-auch“-Modus verhaftet. Leider deutet vieles darauf hin, dass China noch weit entfernt ist von einem sog. „Electrostate“: bei Met Coal steht es an zweiter Stelle, und gegenwärtig liegen Anträge zur Genehmigung von **51 GW neuer Kohlekraftwerkskapazität** bei der Regierung. Mehr dazu in diesem Newsletter.

Wir hoffen, Sie und euch während unserer „Advocacy Week“ vom 8. bis 12. Juni in Berlin zu sehen (siehe [Aus unserer Arbeit](#)).

Nun wünschen wir viel Spaß beim Stöbern in diesem Newsletter.

Nora und Leo

Nahostkonflikt und China



© T Y, Unsplash

Iran-Krieg als good timing / Für die Sicherheit der Lieferketten

Der Iran-Krieg hat in Beijing Bedenken über die **Sicherheit** der eigenen Lieferketten wachsen lassen. Mit der „**Verordnung** zur Industrie- und Lieferkettensicherheit“ sowie der „**Verordnung** zur Bekämpfung unzulässiger extraterritorialer Gerichtsbarkeit durch ausländische Staaten“ hat die chinesische Regierung reagiert. Sie sollen die nationale Sicherheit nicht nur defensiv schützen, sondern bauen eine darüber hinausreichende Drohkulisse auf. Ein weitreichender Maßnahmenkatalog sowie offene Formulierungen, wann Einschnitte gegen Akteure erlaubt sind, lassen für europäische Akteure eine gefährliche Situation entstehen. Sie geraten in ein **rechtliches Dilemma**, da das Verbot, Informationen über Chinas Lieferketten zu sammeln, die Einhaltung des EU-Lieferkettengesetzes massiv erschwert. China reagiert damit abschreckend auf Bemühungen eines europäischen De-Risking, indem es Firmen zu einer **Abwägung** zwischen EU- und chinesischen Regularien zwingt. Dieses Dilemma wird dadurch verschärft, dass die Verordnung untersagt, ausländische Sanktionen umzusetzen.

Deal: Carbon-Border Klimaschutzinstrument gegen Seltene Erden

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche reiste Ende Mai 2026 zu ihrem [Antrittsbesuch](#) nach China. Kurz zuvor verdeutlichte ein sog. [Non-Paper](#), dem sich Frankreich, Italien und Spanien anschlossen, die europäische Spaltung im Umgang mit China. Dieses fordert eine deutliche Verschärfung der europäischen Handelsschutzinstrumente. In Gesprächen mit Chinas Handelsminister Wang Wentao mahnte Reiche einen [verlässlichen Zugang](#) zu kritischen Rohstoffen an. Wie diese Verlässlichkeit erreicht werden soll, wurde nicht erläutert. Berlin steht einer härteren EU-Gangart skeptisch gegenüber, da die deutsche Industrie aufgrund ihrer [Abhängigkeit](#) von Seltenen Erden besonders volatil gegenüber Vergeltungsmaßnahmen Beijings ist. Der chinesische Handelsminister kritisierte im Gegenzug EU-Maßnahmen, die unter dem Deckmantel von De-Risking und Klimaschutz eine „[stark protektionistische Färbung](#)“ aufweisen würden. Das europäische Grenzausgleichssystem [CBAM](#), welches Importe mit derselben CO₂-Steuer belegt wie heimische Produkte, bremst Chinas Export emissionsintensiver Güter wie Stahl oder Aluminium. Es steht zu befürchten, dass Beijing die interne Uneinigkeit in Brüssel sowie die unklare Positionierung der stärksten Wirtschaftsmacht Deutschland ausnutzen wird, um Druck auf den Abbau solcher vermeintlichen Handelsbeschränkungen auszuüben. Für den globalen Klimaschutz wäre dies ein fatales Signal.



© Tomas Ragina, Shutterstock

Chinas Antwort auf die fossile Krise: Resilienz durch Erneuerbare

Die derzeitige, globale Energiekrise [bestätigt die chinesische Führung](#) in ihrem Kurs, Versorgungssicherheit durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energien zu erreichen. China importiert derzeit etwa [70 %](#) seines Ölbedarfs, 90 % davon über Seewege, und ist dadurch anfällig gegenüber Versorgungsengpässen, auch

wenn die jüngsten Auswirkungen durch russische Ölimporte abgefedert werden konnten. Auf die Blockade der Straße von Hormus reagierte China mit einem **Exportstopp** von Treibstoffen sowie die Einführung temporärer Preiskontrollen. Mittelfristig dürfte die Volksrepublik Interesse daran haben, dem Verlust günstiger Energieimporte aus dem Persischen Golf entgegenzuwirken. Xi Jinpings jüngster **Vier-Punkte-Vorschlag**, der an die Einhaltung des Völkerrechts und der friedlichen Koexistenz aller Staaten im Nahen Osten appellierte, ist Ausdruck dessen. Direktes Ergebnis dieser diplomatischen Bemühung war die Öffnung von Hormus für Schiffe unter chinesischer Flagge am 14. Mai. Die Wiederaufnahme von Kraftstoffexporten in Höhe von **500.000 Tonnen** im Mai, einer Verdopplung zum Vormonat, deutet auf eine bereits gestiegene Resilienz hin und soll Engpässen auf den asiatischen Märkten entgegenwirken.

ZAHL DES MONATS

1,204 Milliarden Barrel Rohöl

Diese Menge hat China als strategische Reserve im Inland gebunkert. Sie deckt rechnerisch 104 Tage der gesamten Netto-Ölimporte.

Klima

Striktere Kontrollen von fossilem Verbrauch trotz Expansion metallurgischer Kohle

Am 22. April 2026 veröffentlichten der chinesische Staatsrat und das Zentralkomitee (CCCPC) neue, nicht bindende **Leitlinien** zur Energieeinsparung und CO₂-Reduktion. Das Dokument ist in seiner Rhetorik deutlich schärfer als der im März beschlossene 15. Fünfjahresplan (wir **berichteten**). Gefordert wird eine **strikte Kontrolle** des Verbrauchs fossiler Energie und eine „flexible“ Rolle von Kohlekraft. Einen Tag später folgten **verpflichtende Maßnahmen** und ein Katalog an Indikatoren, auf dessen Grundlage die CO₂-Reduktion lokaler Regierungen bewertet werden soll. Der Druck auf die lokalen Regierungen steigt, da die Ergebnisse mit über Beförderungen von Provinzkadern und Führungskräften entscheiden. Konträr dazu stehen massive Investitionen in metallurgische Kohle für die Stahlproduktion. Daten der **Metallurgical Coal Exit List** (MCEL) von **urgewald** zeigen, dass China bei der geplanten Expansion des Abbaus metallurgischer Kohle mit 91 Millionen Tonnen pro Jahr weltweit an zweiter Stelle steht. „Met Coal“ ist für 11 % der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Dabei ist grüner Stahl bereits jetzt wirtschaftlich attraktiver und besitzt ein riesiges Klimaschutzpotenzial, insbesondere für China als weltweit größten Stahlproduzenten. Auch **CREA** sieht die Stahlbranche jetzt am Scheideweg. Die Elektrifizierung müsse auf 20 % bis 2030 angehoben werden. Unter einer solchen Entwicklung könnten die Emissionen des Stahlsektors, welcher mit 16 %

den größten Anteil an Chinas CO₂-Bilanz hat, bis 2035 um rund 37 % (im Vgl. zum Höchststand von 2020) sinken.



© Wim van 't Einde, Unsplash

Finanzen

26 Jahre nach "Go global Initiative": erneuter Vorstoß, Auslandsinvestitionen zu fördern

Um heimische Unternehmen im Ausland konkurrenzfähiger zu machen, hat die chinesische Devisenbehörde die Mindestobergrenze für [Auslandskredite](#) auf 100 Milliarden Yuan angehoben. Diese Regelung betrifft auch in China tätige ausländische Banken: Sie sind in Zukunft nicht mehr an die Volksrepublik, sondern an die Bestimmungen ihres jeweiligen Heimatlandes gebunden. Da diese Kredite ausschließlich in Renminbi vergeben werden, stärkt dies die [Landeswährung](#) auf dem internationalen Markt. Mit diesen Maßnahmen will China ausländischem Kapital offenbar den Marktzugang erleichtern und das

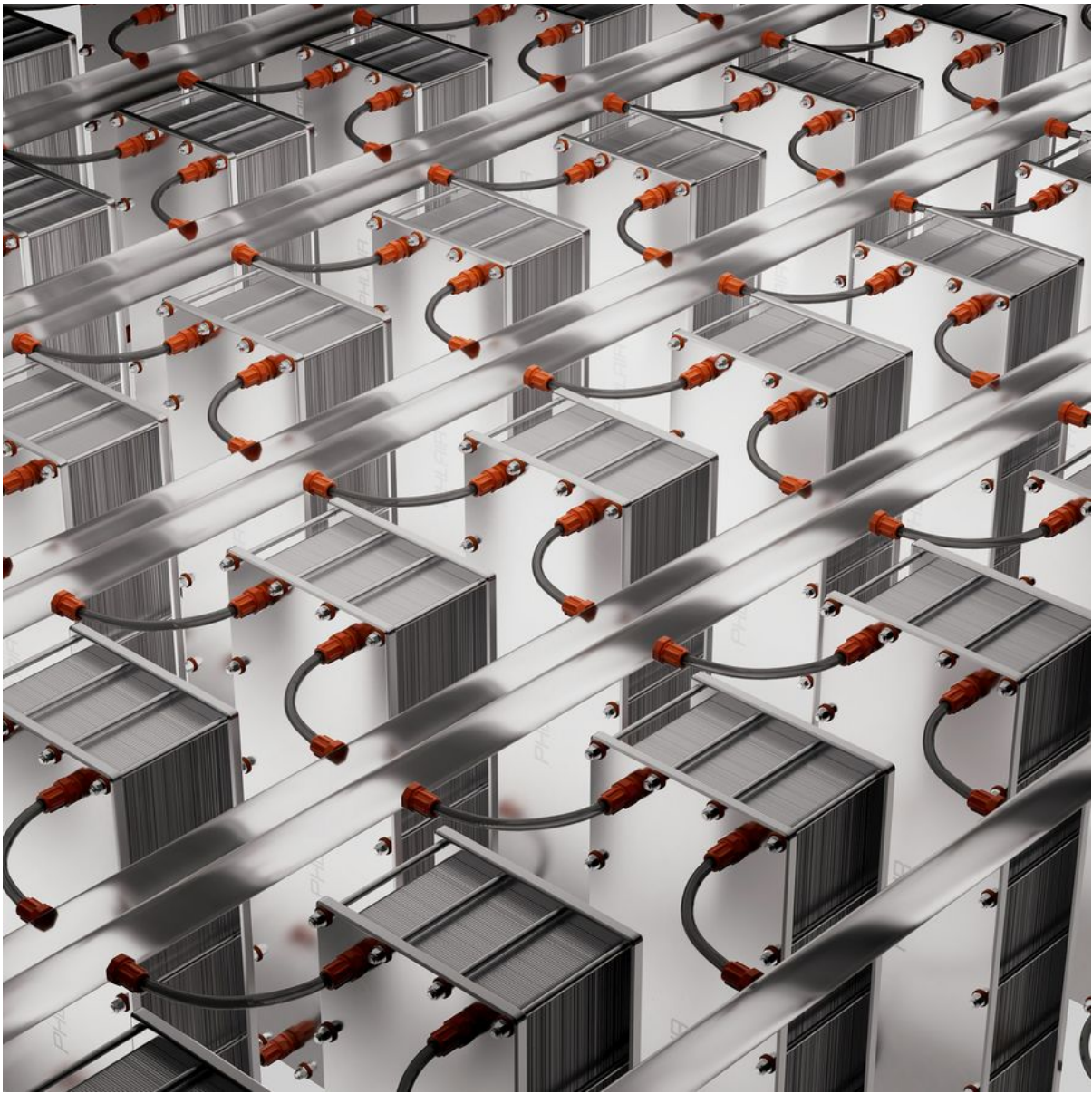
eigene Finanzsystem internationalisieren. Auf der anderen Seite wurde Ende April Li Yunze, der als Chef der Regulierungsbehörde NFRA (siehe [urgewald, Supplement to Who is Who No. 3](#)) Tausende Banken und Versicherer beaufsichtigte, seines [Amtes enthoben](#). Er war der erste Direktor der 2023 wieder eingerichteten Aufsichtsbehörde und sollte die Überwachung des Finanzmarktes stärken. Bereits eine Woche zuvor wurde der stellvertretende Direktor der NFRA, Zhou Liang, entlassen. Die Kontrolle über die Finanzindustrie ist gegenwärtig ein großes Thema, war jedoch nicht Gegenstand des jüngsten deutsch-chinesischen Finanzdialogs vom November 2025. Finanzminister Lars Klingbeil bemühte sich um mehr Zugang zum chinesischen Markt.



© Sergio Kian, Unsplash

Globale Entwicklung lässt Energiespeicherbranche wachsen

Batteriespeicher sind unerlässlich und zentral für die Energiewende. Sie speichern regenerativ erzeugten Strom und stellen diesen bedarfsgerecht zur Verfügung. Deshalb [wächst die Batteriebranche](#) in China dynamisch. Die [China Energy Storage Alliance](#) prognostiziert für die Jahre 2026 bis 2030 ein jährliches Wachstum von bis zu 26 %. Schon 2026 könnte die Gesamtspeicherkapazität um 53 % gegenüber dem Vorjahr auf 222 GW ansteigen. Der chinesische Batteriehersteller CATL ist weltweit führend in dieser Technologie und expandierte nach Europa. Das erste europäische Werk in Arnstadt (Thüringen) fertigt bereits seit 2022 Batteriezellen für europäische Lieferketten und meldet schwarze Zahlen. Nun hat CATL durch eine [Aktionemission in Hongkong](#) rund 5 Milliarden US-Dollar frisches Kapital generiert. Das Unternehmen will dieses für den [Ausbau](#) der globalen Produktion, neuer Energieprojekte sowie für die Forschung und Entwicklung einsetzen.



© Phlair, Unsplash

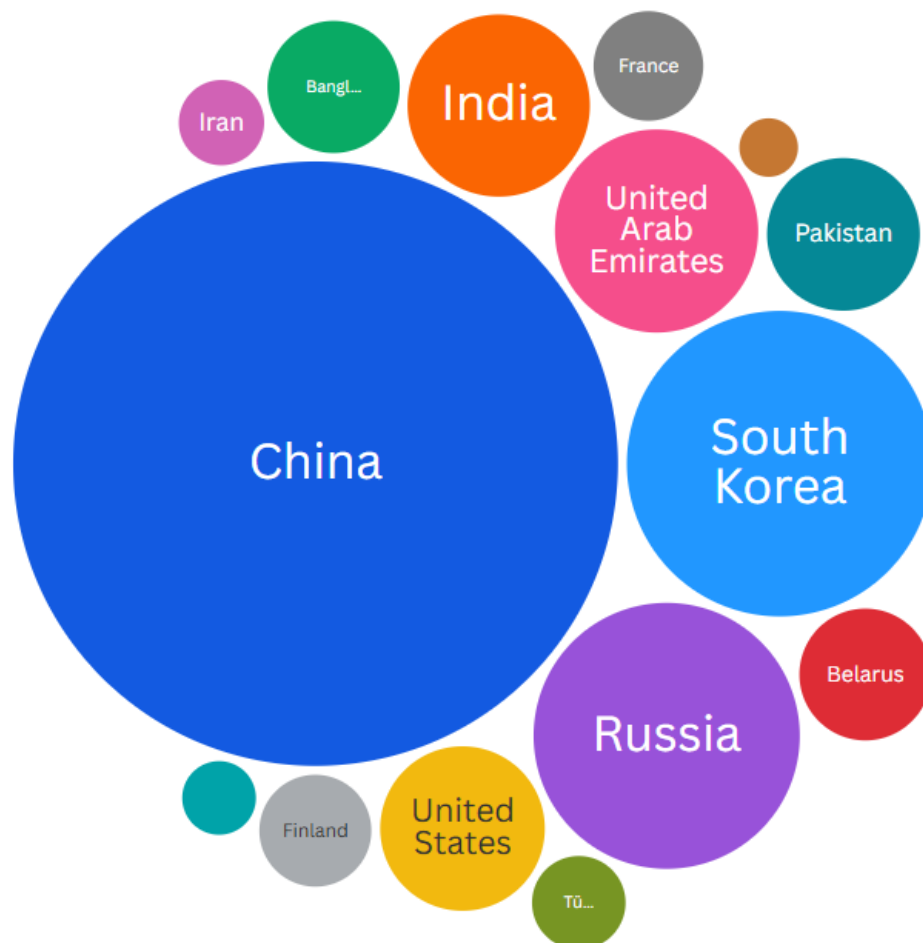
Chinas Energiewende überholt sich selbst

China treibt seinen Vormarsch in der Energiewende in diversen Bereichen voran. Die beiden staatlichen [Netzbetreiber](#) investieren zusammen über den Zeitraum des 15. Fünfjahresplans (2026-2030) jährlich 1 Billion Yuan (126,3 Milliarden Euro). Dies ist gegenüber dem [Rekordjahr 2025](#) ein Anstieg von fast 40 %. State Grid, einer der beiden Netzbetreiber, gab allein im ersten Quartal 2026 über 10 Milliarden Yuan (1,26 Milliarden Euro) für den Anschluss von „[neuen Energien](#)“ an das Netz aus. Ein Luxusproblem: Der Ausbau von Solar- und Windenergie hat die Netzkapazitäten überholt, die Auslastungsraten sanken für Januar und Februar erneut auf etwas über 90 %. [Wasserstoff](#), insbesondere grüner Wasserstoff, soll weiter gefördert und nun auch in der Industrie Anwendung finden, beispielsweise bei der Düngemittelproduktion oder als Schiffskraftstoff. Das aktuell größte Wachstumshemmnis für Wasserstoff ist der hohe Preis für den Verbraucher (Wasserstoffautos sind viel teurer im Verbrauch als EVs). Die chinesische Regierung plant deshalb bis 2030 den Preis für ein Kilogramm Wasserstoff auf unter 25 Yuan (3,16 Euro) zu reduzieren, was einer Entlastung von fast 30 % entspräche. Zusätzlich schafft China [Anreize](#), um das Energiesparen für Industrieunternehmen attraktiver zu gestalten. Geplant sind Steuervorteile bei erfolgreicher CO₂- und Energieeinsparung. Die Einrichtung

eines nationalen Fonds für den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft will die chinesische Regierung prüfen.

Chinas Widersprüche: Renaissance der Kohle- und Petrochemie sowie Ausbau der Atomkraft

China sendet gemischte Signale in der Energiepolitik. Für die Erneuerung veralteter Petrochemie-Anlagen wurde ein [Aktionsplan](#) bis 2029 angekündigt. Mehr als 1600 der 27.000 Petrochemie-Anlagen Chinas sind veraltet, von denen müssen 600 dringend überholt werden. Der Aktionsplan steht im Zeichen einer sinkenden Nachfrage nach Kraftstoffen für den Straßenverkehr. Darüber hinaus sollen die Überkapazitäten in der Ölraffination abgebaut werden. Der Sektor steht unter Druck, da die drei größten Öl- und Gaskonzerne Chinas für das Jahr 2025 [rückläufige Gewinne](#) verzeichneten, ausgelöst durch die gewaltigen Subventionen für erneuerbare Energie und geringe Margen. Die Umstellung der alten Petrochemie-Anlagen auf die Produktion von Feinchemikalien soll durch Finanzspritzen und weniger Umweltauflagen (sog. „grüne Kanäle“) zügig auf den Weg gebracht werden. Anlagen mit hohen CO₂-Emissionen haben den Vorrang. Widersprüchlich ist die [geplante Ausweitung](#) von Kohlechemie, dort steht China mit 21 Projekten auf Platz 1 weltweit. Die verheerende Umweltbilanz dieses Sektors gefährdet das Erreichen von Klimazielen. Teil der chinesischen Energiewende ist auch der Ausbau der Atomenergie. Hier folgt China (gemeinsam mit Brasilien) dem [internationalen Vorschlag](#), die weltweite Kapazität bis 2050 zu verdreifachen. Allerdings wurden die Ausbauziele für 2020 als auch für 2025 verfehlt. Bei einer aktuellen Kapazität von 62 GW ist das Ziel von 110 GW für 2030 ambitioniert.



Aus unserer Arbeit

Launch: Debt, Delays and Dependencies. Why Public Banks Should Not Support Nuclear Power

2026 widmet sich das urgewald-Team "Multilaterale Finanzinstitutionen" ganz der Anti-Atomkraft-Kampagne. Wir klären auf über die Steuergeldverschwendung durch Investitionen von Entwicklungsbanken in Atomkraft. Unsere neue [Studie](#) zum Thema, „Debt, Delays and Dependencies“, haben wir kurz vor dem Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe veröffentlicht und in einem Webinar vorgestellt. Expert*innen dekonstruieren darin die Begründung der Weltbank, diese Investitionen seien notwendig, um die Dominanz Chinas und Russlands in diesem Sektor zu brechen.

Terminankündigungen: 10. Juni 18:30 Heinrich-Böll-Stiftung und 12. Juni 18:30 taz-Kantine

urgewald hat Partnerorganisationen aus Indien, Bangladesh und Indonesien nach Berlin eingeladen. Neben Gesprächen im Bundestag und den Ministerien gibt es zwei öffentliche Veranstaltungen: Die Diskussion zur Rolle der Entwicklungsbanken für die Energiewende in Asien mit der Heinrich Böll Stiftung am 10. Juni ab 18:30, und ein Film Screening mit anschließender Diskussion in der taz-Kantine am Freitag, 12. Juni, 18:30. Auch die Rolle Chinas für die Energiewende in Asien wird Thema sein, sowie Atomkraft, und die dunkle Seite der Erneuerbaren. Unsere Gäst*innen sind die Menschenrechtsaktivistin [Vidya Dinker](#) (Growthwatch, INSAF) und der Anti-Atom-Aktivist [S.P. Udayakumar](#) (NAAM, PMANE), beide aus Indien, der Umweltaktivist [Hasan Mehedi](#) von CLEAN aus Bangladesch und der Klimaaktivist [Pius Ginting](#) von AEER aus Indonesien. Wenn ihr sie treffen wollt, kommt vorbei.

=> Anmeldung [taz-Kantine](#)

=> Anmeldung [Heinrich-Böll-Stiftung](#)

Energy Transition and Development Finance Voices from Asia

Advocacy Week
8-12 June 2026, Berlin



in cooperation with



Growthwatch

PowerShift



Vidya Dinker
Growthwatch, INSAF,
RIMA, India



Hasan Mehedi
CLEAN, Bangladesh



Pius Ginting
AEER, Indonesia



S.P. Udayakumar
Green Tamilnadu, India

© urgewald



Spenden

Unabhängige Arbeit braucht unabhängiges Geld.

[Jetzt spenden](#)

Tipps am Rande

Global Forum der Heinrich-Böll-Stiftung

Das diesjährige Global Forum der Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigte sich vorrangig mit der Rolle Chinas im Klimaschutz. Chinas "Electrostate Revolution" gab Anlass für große Hoffnungen. Vor diesem Hintergrund versuchten Vortragende und Publikum die Perspektive des Globalen Südens und die Rolle Deutschlands bzw. Europas zu identifizieren. Insgesamt rund 100 Teilnehmer*innen diskutierten eineinhalb Tage über Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden in Punkto Klimaschutz. Darunter waren hochrangige Gäste teil wie Jürgen Trittin, der frühere Präsident Chiles Gabriel Boric, Jennifer Morgan, frühere Staatssekretärin für

Klimaschutz im Auswärtigen Amt, Adam Tooze und Adriana Erthal Abdenur, frühere Beraterin von Präsident Lula in Brasilien.

Germanwatch-Studie: Klimaschutz-Kooperation im Globalen Süden

Germanwatch hat eine neue Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung fertiggestellt. Sie leuchtet mögliche Kooperationsfelder für Klimaschutz für die EU und China im Globalen Süden aus. Fallstudien zeigen, wie beide Akteure die Energie- und Klimapfade in Schwellen- und Entwicklungsländern prägen

Studie: How China sees the Iran War: Beyond State Messaging

Die Studie des Shiv Nadar Institution of Eminence analysiert, wie China den Iran-Krieg und seine eigene Position dazu darstellt. Vier zentrale Themen werden identifiziert: die Verurteilung der USA und Israels als hegemoniale Akteure, Zweifel an einem schnellen Sieg über den Iran, die Auswirkungen des Konflikts auf Chinas geopolitische und geoökonomische Interessen sowie Lehren für seine künftige Strategie im Großmachtwettbewerb.

Financial Times: The China shock 2.0

Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt erzielte im vergangenen Jahr einen Rekordhandelsüberschuss von 1,2 Billionen Dollar. Das schürt Befürchtungen anderer Länder weltweit, dass ihre Industrien von chinesischen Importen überschwemmt werden könnten. Der Artikel der Financial Times schlüsselt auf, wie sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer darauf reagieren.

Podcast:

China in 26: Energiesicherheit, Überkapazitäten und US-China-Beziehungen

In dieser Folge des deutschsprachigen MERICS-Podcasts sprechen **Bernhard Bartsch**, **Mikko Huotari** und **Claudia Wessling** darüber, warum China die Auswirkungen des Iran-Kriegs auf seine Energiesicherheit bisher gut verkraftet, wie China mit neuen Maßnahmen industrielle Überkapazitäten angehen möchte und was der verschobene Besuch Donald Trumps für die US-China-Beziehungen bedeutet.

urgewald e.V.
Nora Sausmikat
Von-Galen-Str. 4
48336 Sassenberg
Deutschland

chinadesk@urgewald.org
<https://www.urgewald.org/>

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.